

Stimmungsbericht zur Reaktion der Bevölkerung auf den Rücktritt Willy Brandts

Der Name des DDR-Spions Günter Guillaume steht wie kein anderer exemplarisch für die Westspionage des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Er stieg zu einem persönlichen Referenten des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt auf und hatte Zugang zu streng geheimen Unterlagen. Guillaumes Entarnung und Festnahme am 24. April 1974 löste in der BRD eine der größten innenpolitischen Krisen der Nachkriegszeit aus und veranlasste Willy Brandt, als Bundeskanzler zurückzutreten. Die Stasi sammelte Informationen über die Stimmung der DDR-Bevölkerung hinsichtlich Brandts Rücktritts.

1956 wurde Günter Guillaume gemeinsam mit seiner Frau Christel in die Bundesrepublik geschickt, um die Parteiarbeit der SPD auszuspionieren. Die Staatssicherheit bezeichnete solche Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) als Übersiedlungs-IM (ÜIM), und alle Westspione wurden als "Kundschafter für den Frieden" propagandistisch verkärt.

Vorausgegangen war eine sorgfältige Schulung durch die Hauptverwaltung A (HV A), die Auslandsspionageabteilung der DDR-Staatssicherheit. Zehn Jahre lang war Guillaume dann als Parteifunktionär der SPD in Hessen tätig und stieg innerhalb der Sozialdemokratischen Partei immer weiter auf. Dass er es 1970 bis ins Kanzleramt schaffte und 1972 sogar persönlicher Referent von Bundeskanzler Willy Brandt wurde, hatte Mitte der 50er Jahre wohl niemand erwartet.

Anfang der 70er Jahre gehörte Guillaume zum engsten Mitarbeiterkreis des Kanzlers und bekam Einblick in unterschiedliche, zum Teil streng geheime Regierungsvorgänge. Im Jahr 1973 verdichteten sich dann die teilweise schon früher wahrgenommen Verdachtsmomente gegen Guillaume, und die bundesdeutschen Sicherheitsdienste wurden aktiv. Doch erst im April 1974 wurde der DDR-Spion verhaftet. Der Fall löste eine politische Krise in der Bundesrepublik aus, die Willy Brandt zum Anlass nahm, um von seinem Amt zurückzutreten. Guillaume und seine Frau wurden 1975 zu 13 bzw. acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Die Stasi sammelte Informationen über die Stimmung in der DDR, denn Brandt genoss auch in der DDR-Bevölkerung hohes Ansehen. Dabei achtete sie vor allem darauf, wie der Rücktritt Willy Brandts mit der Guillaume-Affäre in Zusammenhang gebracht wurde. Für die Staatssicherheit stand fest: "Der unter der Bevölkerung der DDR bekanntgewordene 'Spionagefall' im Bundeskanzleramt wird im Wesentlichen nur von politisch-ideologisch unklar und negativ bzw. feindlich eingestellten Personenkreisen als naheliegender Grund für den Rücktritt Brandts angesprochen."

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4088, Bl. 2-12

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- Datum: 13.5.1974
und Informationsgruppe Rechte: BStU

Stimmungsbericht zur Reaktion der Bevölkerung auf den Rücktritt Willy Brandts

5

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

Berlin, den 13. Mai 1974
602/74

BStU
000002

Erste Hinweise

zur Reaktion der Bevölkerung der DDR zum Rücktritt Brandts vom Amt des Bundeskanzlers (Stand 13. 5. 1974)

Nach den ersten Informationen der Diensteinheiten des MfS zur Reaktion der Bevölkerung der DDR zum Rücktritt Brandts sind folgende Tendenzen zu erkennen:

Nach dem Bekanntwerden des Rücktritts von Brandt war in allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung ein sehr starkes Interesse an den Vorgängen im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Brandt festzustellen. Die Diskussionen nahmen im Laufe des Tages schnell an Umfang und Intensität zu und Gespräche über dieses Problem fanden spontan in vielen Betrieben, Institutionen und Arbeitskollektiven statt.

Besonders nach erster Kenntnisnahme der angeblich unmittelbaren Ursachen und Anlässe sowie der persönlichen Stellungnahme Brandts - unter Hervorhebung der "Spionageaffäre" Guillaume - war in einem größeren Teil der Diskussionen auch neben echtem Interesse an der Gesamtentwicklung ein Trend zur sensationsmäßigen Argumentation festzustellen, wobei das Interesse, Näheres über den Kundschafter in Erfahrung zu bringen, eine Rolle spielte.

Allgemein wurden die ersten Reaktionen der Bevölkerung in der DDR dadurch charakterisiert, daß die Vorgänge in der BRD

Stimmungsbericht zur Reaktion der Bevölkerung auf den Rücktritt Willy Brandts

BStU
000003

- 2 -

Verwunderung, Überraschung und z. T. auch eine gewisse Bestürzung über den Rücktritt Brandts

auslösten.

In größeren Kreisen der Bevölkerung wurde teilweise offen, mitunter jedoch auch nur im internen Kreis, das Bedauern über diese Entwicklung in der BRD, vornehmlich das Abtreten der Person Brandt vom Posten des Bundeskanzlers, ausgedrückt. Erneut wurde sichtbar, daß seiner Person von einem bestimmten Teil unserer Bevölkerung, der dem MfS bereits früher als Brandt-freundlich bekannt war (z. B. ehemalige Angehörige des Mittelstandes, ehemalige Mitglieder der SPD in der Hauptstadt Berlin, Angehörige der Intelligenz, evangelische Pfarrer und Personen mit gering entwickeltem politisch-ideologischen Bewußtseinsstand), Sympathie entgegengebracht wird (ohne daß jedoch von offenen, zielgerichteten bzw. organisierten Sympathiebekundungen gesprochen werden kann).

In diesem Zusammenhang wurde deutlich, daß es auch gegenwärtig unter der Bevölkerung der DDR z. B. noch illusionäre Vorstellungen über die Rolle und Bedeutung der Person W. Brandt und der SPD in der BRD im Rahmen des internationalen Prozesses der Entspannung gibt, besonders über seinen Anteil bei der Sicherung des Entspannungsprozesses in Europa und der Gestaltung der Beziehungen der BRD zu den sozialistischen Staaten.

Die wesentlichsten Gesichtspunkte bei den Diskussionen bilden Überlegungen über

Ursachen und Hintergründe des Rücktritts von Brandt (z. B. innenpolitische und parteipolitische Schwierigkeiten, Zuspitzung der Probleme im EWG-Bereich, persönlich labile Einstellung) und die Folgen des Rücktritts für die Innenpolitik der BRD und die künftige

Stimmungsbericht zur Reaktion der Bevölkerung auf den Rücktritt Willy Brandts

- 3 -

BStU
000004

Außenpolitik gegenüber den sozialistischen Staaten
(verschärfter Rechtskurs unter dem neuen Kanzler
Schmidt, Verhärtung des Kurses gegenüber allen sozial-
istischen Staaten, auch bei der Durchsetzung der ab-
geschlossenen Verträge).

Diese Grundtendenzen in der Stimmung der Bevölkerung zum
Rücktritt von Brandt sind sehr differenziert aufgetreten.
Ein großer Teil der Bevölkerung der DDR zweifelt die offi-
zielle Erklärung von Brandt über die Gründe seines Rück-
tritts an. Dabei wird auf einige allgemeine Vorgänge in der
BRD in der letzten Zeit verwiesen, wie z. B.

- Anwachsen von ökonomischen Schwierigkeiten, z. B. Infla-
tion, Preissteigerung, wachsende Arbeitslosigkeit;
- wachsende Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung der
BRD mit der inneren Entwicklung, insbesondere mit den
bisherigen Ergebnissen der Reformpolitik und der Politik
des Kabinetts von Brandt, was sich vornehmlich bei den
Ergebnissen zu den Kommunalwahlen in einigen Ländern der
BRD gezeigt habe;
- zunehmender Druck reaktionärer und rechter Kreise der BRD
auf die Regierung Brandt, das Zurückweichen dieser Regie-
rung vor diesen Kreisen, vor allem der CDU/CSU.

Der unter der Bevölkerung der DDR bekanntgewordene "Spionage-
fall" im Bundeskanzleramt wird im wesentlichen nur von
politisch-ideologisch unklar und negativ bzw. feindlich ein-
gestellten Personenkreisen als naheliegender Grund für den
Rücktritt Brandts angesprochen.

Stimmungsbericht zur Reaktion der Bevölkerung auf den Rücktritt Willy Brandts

BStU
000005

- 4 -

Von einem nicht unbedeutenden Teil der DDR-Bevölkerung werden in unterschiedlichem Umfang mit einem gewissen Stolz und mit Freude die Leistungen des MfS und seines Kundschafters gewürdigt und offen ausgesprochen, klassenmäßig richtig eingeordnet, indem die Nützlichkeit dieser Tätigkeit für den Kampf um die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz und die Erhaltung des Friedens besonders betont wird.

Anfänglich wurde durch große Teile der Bevölkerung der DDR auf die zunächst nur kurz erfolgte Berichterstattung der Massenmedien der DDR mit solchen Argumentationen reagiert, aus denen zu entnehmen war, daß in größerem Umfang die Nachrichten und Kommentare der Massenmedien der BRD empfangen wurden.

Dabei wurde u. a. der Partei- und Staatsführung der DDR unterstellt, die Aufdeckung der "Spionageaffäre" bewußt herbeigeführt zu haben, damit in Zukunft eine CDU-Regierung in Westdeutschland regieren könne und der DDR-Seite dadurch günstigere Gelegenheiten gegeben wären, ihre Abgrenzungspolitik deutlicher zu betreiben, einen härteren Kurs gegenüber der BRD zu betreiben und von sich aus bestehende Vereinbarungen und Erleichterungen in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wieder rückgäng machen zu können.

(Vereinzelt wird auf ein angeblich "gemeinsames Interesse der SED und der CDU/CSU am Sturz des großen Staatsmannes und Parteipolitikers Brandt" hingewiesen, die den Prozeß der Entspannung beenden und zum "kalten Krieg" zurückkehren wollen.)

Stimmungsbericht zur Reaktion der Bevölkerung auf den Rücktritt Willy Brandts

BStU
000006

- 5 -

Die vorgenannten negativen Personenkreise, die besonders auch mit der "Spionageaffäre" argumentieren, meinen, daß die DDR-Seite die volle Verantwortung für den Rücktritt Brandts zu tragen habe und von der DDR die entscheidenden Störungen in den gegenseitigen Beziehungen und im Entspannungsprozeß ausgelöst worden wären; die Kundschaftertätigkeit widerspräche den Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Politisch unklare und durch die Ereignisse verwirrte Meinungsäußerungen haben sich jedoch nach den ersten erläuternden und ausführlichen Kommentaren in unseren Kommunikationsmitteln verringert, so daß die Argumente als im wesentlichen sachlich und vom Inhalt her politisch richtig eingeschätzt werden können.

Ein weiterer Teil der Bevölkerung äußert Vermutungen und Befürchtungen, wonach die CDU/CSU gestärkt aus diesen Vorgängen hervorgehen, sogar wieder zur Regierungspartei aufsteigen und daraus negative Einflüsse auf die Realisierung der Verträge zwischen der BRD mit den sozialistischen Staaten wirksam werden könnten, u. a. auch durch die evtl. Annulierung der Verträge. In diesem Zusammenhang müsse nach Meinung dieser Bürger befürchtet werden, daß die politische Einstellung einer neuen Bundesregierung zur DDR Anlaß sein könne, den Reiseverkehr nach der BRD und andere Erleichterungen wieder zu korrigieren.

Aus diplomatischen Kreisen in der Hauptstadt der DDR liegen erste inoffizielle Hinweise über Einstellung und Meinung zum Rücktritt von Brandt vor.

In der Botschaft des Kaiserreiches Iran äußerte sich der [REDACTED]
[REDACTED] und der [REDACTED], [REDACTED], anerkennend über die Leistungen der DDR-Sicherheitsorgane.

Stimmungsbericht zur Reaktion der Bevölkerung auf den Rücktritt Willy Brandts

BStU
000007

- 6 -

Der [REDACTED] und der [REDACTED] - Botschaft der Republik Frankreich - enthielten sich jeder Meinungsäußerung, deuteten jedoch ihre Schadenfreude darüber an, daß sich "die Deutschen gegenseitig Schwierigkeiten" bereiten würden.

Der [REDACTED] - Königreich Belgien - bemühte sich auf provokatorische Weise, die Angestellten in Gespräche zum Fall Guillaume zu verwickeln.

In dieser Botschaft sowie auch in der Botschaft der Schweizerischen Eidgenossenschaft werden erste Anzeichen für eine Verstärkung der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen festgestellt. (Nähere Einzelheiten sind noch nicht bekannt - Hinweise der HA II.)

Während kommerzieller Verhandlungen mit Vertretern von BRD-Firmen wurden folgende Reaktionen und Auffassungen erkennbar:

- Die Gesamtsituation in der BRD sei sehr kompliziert.
- Die Ursachen für den Rücktritt Brandts sind in innerparteilichen Kämpfen zu suchen (offene Angriffe Schmidts und Wehnerts gegen Brandt in Vergangenheit), liegen weiter im Machtkampf zwischen CDU und SPD und auch im Machtkampf in der Koalition SPD/FDP selbst.
- Brandts Innen- und Wirtschaftspolitik hat versagt.
- Der Rücktritt Brandts und seine Folgen wird die Entspannung erschweren, da von Brandts Regierung die weitere Entspannung zwischen Ost und West abhängt.
- Mit der Übernahme des Amtes als Kanzler durch Schmidt ist ein Rechtsruck zu erwarten, da er härter und konsequenter sei als Brandt.

Stimmungsbericht zur Reaktion der Bevölkerung auf den Rücktritt Willy Brandts

BStU
000008

- 7 -

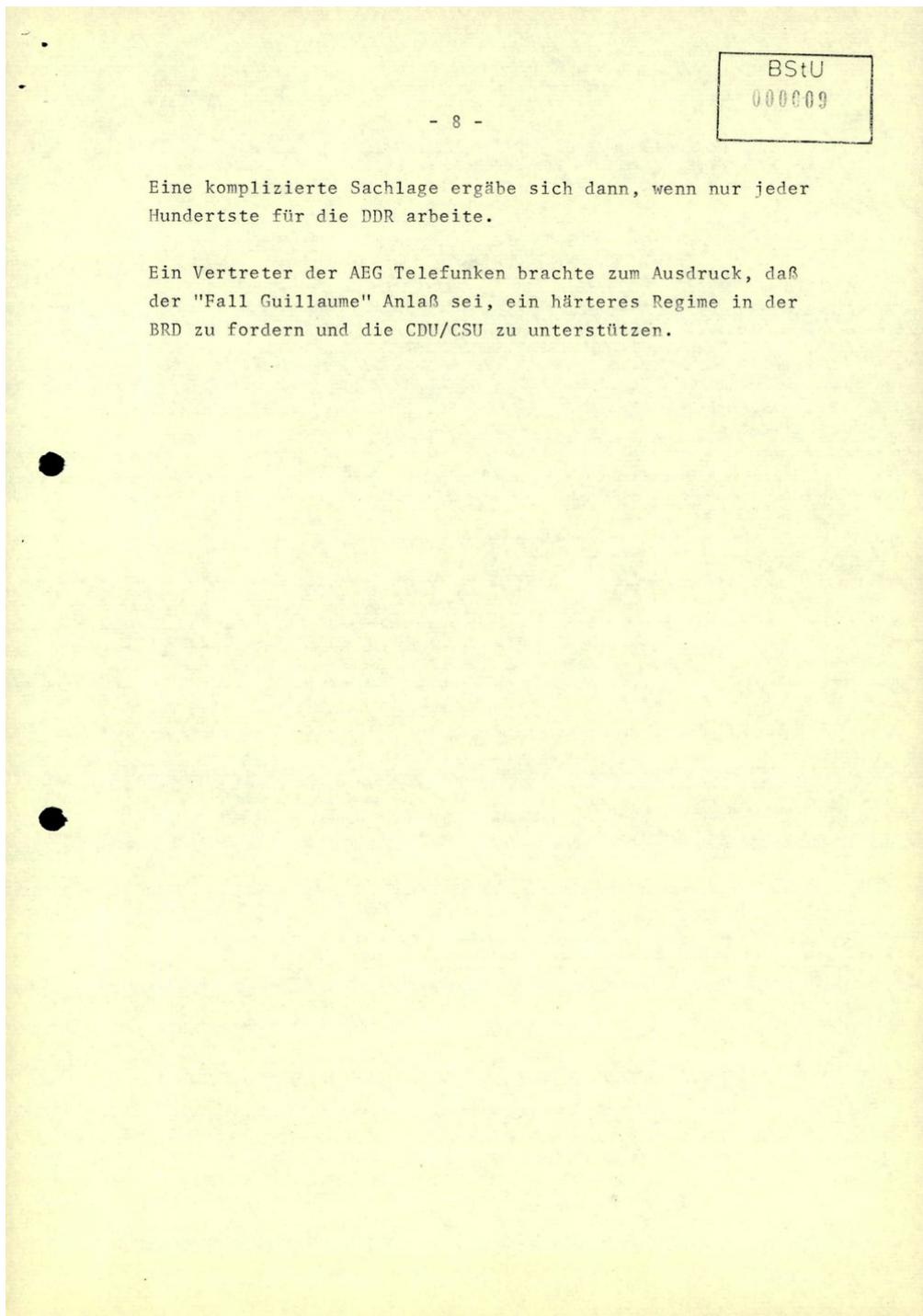
- Schmidt wird es wohl erreichen, daß er bis 1976 Kanzler bleibt, obwohl CDU/CSU alles unternehmen werde, um Neuwahlen bereits zu einem früheren Zeitpunkt zu erzwingen.
- Befürchtung, daß die Regierungskoalition diese Legislaturperiode nicht übersteht und Neuwahlen noch vor 1976 zu erwarten sind. Dies zeichne sich ab durch die Erfolge der CDU/CSU bei den Landtagswahlen. Sie können zu einer Zweidrittel-Mehrheit der CDU/CSU im Bundesrat und damit zur Verhinderung der im Bundestag verabschiedeten Gesetze führen.

Generell wird der Rücktritt von Brandt durch Vertreter von BRD-Firmen je nach ihrer Grundposition - SPD- oder CDU-Anhänger - unterschiedlich gewertet. Während SPD-Anhänger Brandt und seine Haltung aufzuwerten versuchen, triumphieren CDU-Kreise. Beide Richtungen nutzen den Rücktritt besonders zur Verbreitung der politisch-ideologischen Diversions im Zusammenhang mit dem "Fall Guillaume".

Ein Großteil der Vertreter von BRD-Firmen vertrat die Auffassung, daß allein der "Fall Guillaume" Ursache für den Rücktritt von Brandt als Kanzler sei. Innenminister Genscher selbst habe die Untersuchungen während der Reise Brandts nach Norwegen geleitet.

Weiterhin ist die Auffassung maßgeblich vertreten, daß die Schuld des "Sturzes" von Brandt die DDR zu tragen habe, sie der Bundesregierung einen schlechten Dienst erwiesen hat und die Folgen für die DDR zum Nachteil sein werden.

In der Konzernleitung ITT Fa. Standard Elektrik Lorenz löste der "Fall Guillaume" Besorgnis dahingehend aus, daß einige ehemalige DDR-Bürger in Konzernbetrieben leitende Stellungen einnehmen und Tausende ehemalige DDR-Bürger in Betrieben tätig sind.

Stimmungsbericht zur Reaktion der Bevölkerung auf den Rücktritt Willy Brandts

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4088, Bl. 2-12

Blatt 9

Stimmungsbericht zur Reaktion der Bevölkerung auf den Rücktritt Willy BrandtsAnhang

BStU
000010

Übersicht

zu politisch-operativen Vorkommnissen und Erscheinungen in der DDR, die im Zusammenhang mit den innenpolitischen Ereignissen in der BRD (Kanzlerwechsel) auftraten

Im Zusammenhang mit dem Rücktritt Brandts zeigen sich erste Reaktionen in Form von politisch-operativen Vorkommnissen und Erscheinungen unter der Bevölkerung der DDR, ohne daß jedoch eine Massenwirksamkeit auftrat.

Überwiegend tritt dabei die schriftliche staatsfeindliche Hetze in anonymer Form in Erscheinung (Fertigung von Hetzetteln, Schmierereien in der Öffentlichkeit).

In inhaltlicher Hinsicht sind Sympathiebekundungen zum ehemaligen Bundeskanzler Brandt feststellbar bzw. wird auf den "Spionagefall" im Bundeskanzleramt hingewiesen. Teilweise erfolgt im gleichen Zusammenhang eine offene Hetze gegen die DDR.

Im einzelnen traten folgende Vorkommnisse in Erscheinung:

- Am 26. und 27. 4. 1974 wurden im Briefverteileramt Erfurt beim Sortieren der Post aus Briefkästen des Stadtgebietes je eine Hetzschrift aufgefunden, deren Inhalt sich auf Veröffentlichungen der BRD-Massenmedien zur angeblichen Tätigkeit eines "DDR-Agenten" im Bundeskanzleramt bezieht und darüber hinaus üble Hetze gegen die DDR enthält. *

Stimmungsbericht zur Reaktion der Bevölkerung auf den Rücktritt Willy Brandts

- 2 -

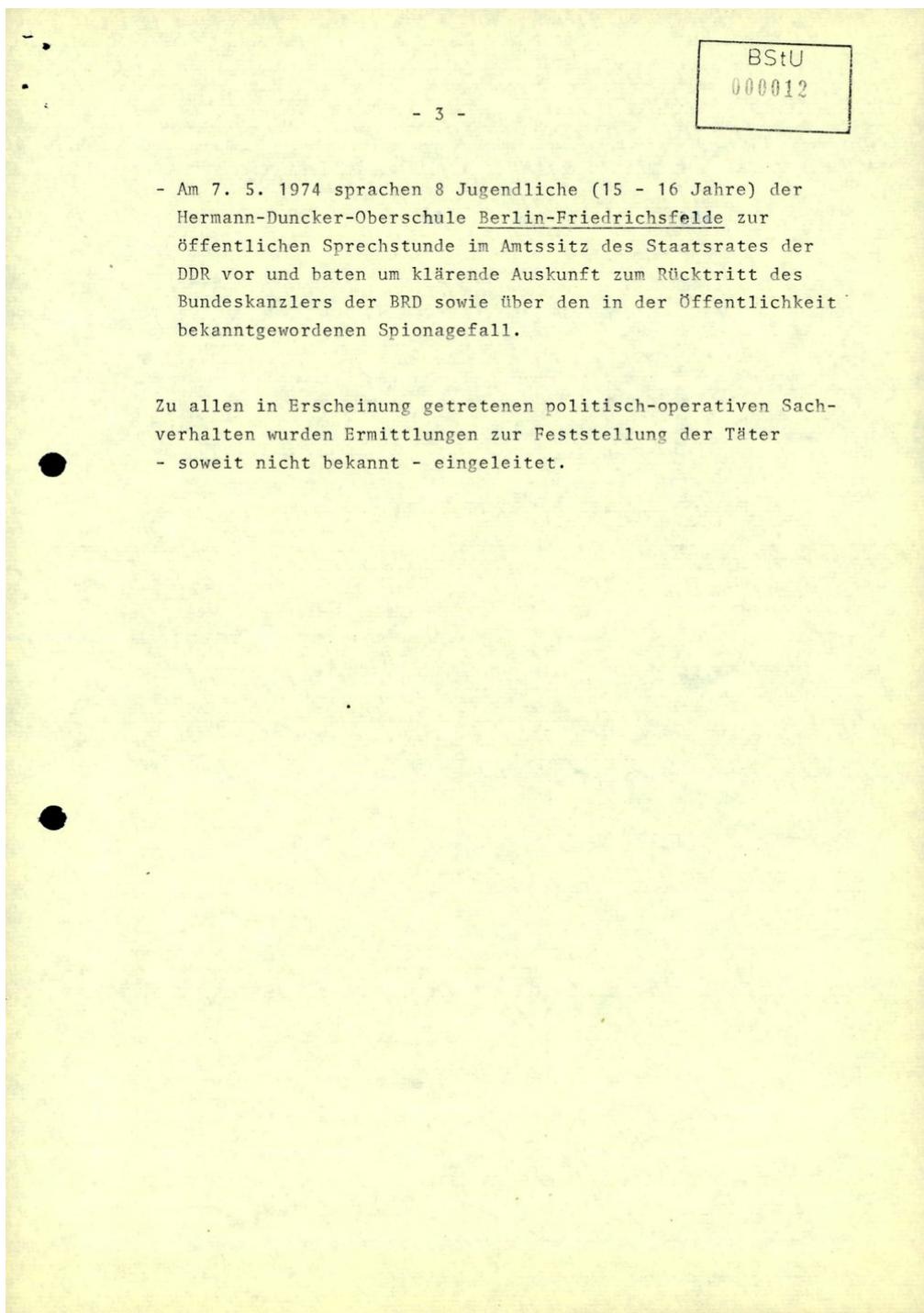
BStU
000011

- Am 8. 5. 1974 wurde am Ortseingangsschild Neustrelitz (F 96), aus Richtung Neubrandenburg, ein von unbekannten Tätern angebrachtes Plakat in der Größe 30 x 50 cm mit der Aufschrift: "Willi-Brandt-Straße" festgestellt.
- Am gleichen Tag wurden beim Leeren der Briefkästen am Meereskundlichen Museum, an der zahnärztlichen Außenstelle des Medizinischen Zentrums und im Leerungsbereich Frankenvorstadt und Innenstadt in Stralsund/Rostock mehrere nicht-adressierte unfrankierte anonyme Postkarten mit folgendem Text aufgefunden: "Gegen DDR-Spionage - für Willi Brandt".
- Im Bahnhofsgebäude Großheringen/Apolda/Erfurt brachten unbekannte Täter mit weißer Kreide eine Hetzlosung (Höhe 185 cm, Länge 200 cm) mit folgendem Inhalt an: "SED hat Brandt verraten!"
- Am 8. 5. 1974 wurden im Wohngrundstück Leipzig, Naunhofer Straße 19, zwei mittels Kugelschreiber auf Briefpapier (7 x 10 cm) beschriftete Hetzzettel mit der Aufschrift "DDR und CDU werfen sich die Bälle zu" aufgefunden.
- Am 8. 5. 1974 gaben drei unbekannte weibliche Personen, scheinbares Alter 19 Jahre, im Postamt Güstrow/Schwerin ein Telegramm an den ehemaligen Bundeskanzler Willi Brandt mit folgendem Inhalt auf:

"Sehr verehrter Herr Bundeskanzler.
Wir und Gleichgesinnte in diesem Land sind zutiefst von Ihrem Rücktritt erschüttert. Wir hoffen, daß Ihr Nachfolger Ihr begonnenes Werk in Ihrem Sinne vollendet.

(Das Telegramm wurde von der Deutschen Post nicht befördert.)

Stimmungsbericht zur Reaktion der Bevölkerung auf den Rücktritt Willy Brandts



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4088, BL. 2-12

Blatt 12